

Gastbeitrag

Von der moralischen Panik in Deutschland und anderswo

Wahlen Innerhalb von acht Monaten fanden und finden nationale Wahlen in Grossbritannien, Frankreich, den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik statt. Der Ausgang der Wahlen zur Nationalversammlung in Frankreich und der Präsidentschaftswahlen in den USA führte zu einer erheblichen Verunsicherung. Sind die demokratischen Institutionen noch sicher und garantieren sie den Bestand der Demokratie?

In Frankreich hat die Wählerschaft die extreme Rechte und die extreme Linke gestärkt. Die Mehrheitsverhältnisse sind unübersichtlich, die Regierung entsprechend instabil. Die Regierungszeit von Premierminister Michel Barnier dauerte nur wenige Wochen. In den Vereinigten Staaten ist Donald Trump zurückgekehrt. Und mit ihm nicht nur ein extremer Populismus, sondern auch eine ins Extreme gehende Auffassung der Macht des Präsidenten. Mit einer Kaskade von Verordnungen versucht Präsident Trump seit dem 20. Januar, die Kompetenzen des Weissen Hauses auszudehnen.

Bundestag bleibt handlungsfähig

Für den 23. Februar stehen die Bundestagswahlen an. Steht auch die Bundesrepublik vor unsicheren Zeiten und ist die Demokratie in der Bundesrepublik gefährdet? Hier gibt es gute und schlechte Nachrichten. Zuerst die guten. Der Bundestag wird aus den Wahlen nicht lahmgelegt hervorgehen oder in eine Selbstblockade getrieben werden. Das Spiel von Mehrheit und Minderheit wird weitergehen, eine handlungsfähige Mehrheit wird sich in Koalitionsverhandlungen auf die eine oder andere Weise bilden. Der Bundestag bleibt als wichtigste Institution der deutschen Demokratie handlungsfähig.

Das unterscheidet ihn von der französischen Assemblée nationale, in der Mehrheiten schwer möglich sind, und dem Kongress in Washington, der handlungsunwillig ist und seiner Aufgabe, die Exekutive unter der Führung Trumps zu kontrollieren, nicht nachkommt.

Die deutsche Regierungskoalition wird nach der Wahl entwe-

«Der Bundestag wird aus den Wahlen nicht lahmgelegt hervorgehen.»



Der Kanzlerkandidat der Union, Friedrich Merz, schliesst eine Koalition mit der AfD von Kanzlerkandidatin Alice Weidel aus. Aber werden sich die Konservativen auch dem Schrei nach einfachen Lösungen in der Migrationspolitik entgegensetzen?

Archivbild: Keystone

der aus drei Parteien oder aus zwei Parteien bestehen, was wahrscheinlicher ist. Mit Blick auf die Ampelkoalition mit drei Parteien, die sich koordinieren mussten, bedeutet das eine Stabilisierung.

Der Bundesrat, das föderale Organ, ist von der Wahl nicht betroffen. Er stellt durch seine Zustimmungspflicht zu den allermeisten Gesetzen sowieso eine Sperre gegen systemische Veränderungen dar. Zur guten Nachricht gehört auch, dass die deutsche Justiz und das Bundesverfassungsgericht anders als der Supreme Court in Washington nicht politisiert sind. Der Bundestag wird seine Kontrollfunktion gegenüber der Regierung weiter wahrnehmen können.

«Die Systemalternative»

Doch gibt es auch schlechte Nachrichten. Die Alternative für Deutschland (AfD) wird auf ungefähr 20 Prozent der abgegebenen Stimmen kommen. Die AfD wird kein Drittel der Sitze erhalten und keine Sperrminorität bei Abstimmungen mit qualifizierter zwei Drittel Mehrheit erreichen. Eine solche ist beispielsweise bei Verfassungsänderungen und bei Richterwahlen für das Bundesverfassungsgericht notwendig. Dennoch, sie kann Sand ins Getriebe der demokratischen Institutionen streuen. Egal wie die Regierungsbildung ausgeht, die AfD wird erstmals die stärkste Oppositionspartei sein. Mit 20 Prozent könnte sie zwar nicht Ge-

«Egal wie die Regierungsbildung ausgeht, die AfD wird erstmals die stärkste Oppositionspartei sein.»

setze verhindern, aber Abstimmungen erschweren, auf namentlichen Abstimmungen bestehen oder Grundsatzdebatten erzwingen. Mit ihrem Stimmenanteil kann sie Untersuchungsausschüsse zu Themen beantragen, die ihr zentral sind und das Potenzial zur öffentlichen Selbstdarstellung bieten.

Die Rolle der grössten Oppositionspartei gibt der AfD diejenige herausgehobene Rolle, die die CDU und Friedrich Merz mit einem ähnlichen Stimmenergebnis in den letzten dreieinhalb Jahren gespielt haben. Der politische Wettbewerb wird dann zwischen

der AfD und dem Rest der Parteienlandschaft geführt werden. Schon im jetzigen Wahlkampf sieht die CDU nicht mehr in der SPD, der grössten Regierungspartei, ihren Hauptgegner, sondern in der AfD. Die AfD wäre dann endlich dort, wo sie sich ideologisch seit langem sieht, nämlich nicht Teil eines pluralistischen Wettbewerbs, sondern die einzige Systemalternative zu sein.

Wer die Geister ruft, ...

Die CDU wird aller Wahrscheinlichkeit nach die stärkste Partei werden. Ihr Kanzlerkandidat Friedrich Merz schliesst eine Koalition mit der AfD oder auch nur eine Duldung aus. Das würde die Partei auch zerreißen, die schon nach der Gesetzgebungsoffensive von Friedrich Merz nach dem Attentat in Aschaffenburg Risse zeigte.

Etwa zwei Drittel der bundesdeutschen Bevölkerung sind in Migrationsfragen empfänglich für das, was man in den USA eine «moral panic» nennt. Das Phänomen steht für eine übermässig vereinfachte, dafür umso brachialere Rhetorik, die sofortiges Handeln in der Annahme fordert, dass ein oder zwei scharfe Gesetze die Situation verbessern und die Migrationszahlen drücken würden. Um dieses Zieles willen sind viele bereit, sich über die Europäische Menschenrechtskonvention und die Genfer Flüchtlingskonvention genauso wie über EU-Recht hinwegzusetzen. Gibt die CDU dieser moralischen Panik nach, fördert sie die aussenpoliti-

«Gibt die CDU dieser moralischen Panik nach, fördert sie die aussenpolitische Isolierung.»

sche Isolierung, auch wenn andere europäische Regierungen ähnlich denken.

... wird sie nicht mehr los

Matteo Salvini hatte genau das in Italien nach 2017 vor. Mit dieser Kurzatmigkeit in der Politik hatte er keinen Erfolg. Die Migrationszahlen gingen nicht zurück. Das Ergebnis war, dass die Fratelli d'Italia, die noch weiter rechts stehen, anwuchsen und heute die Ministerpräsidentin stellen. Hier zeigt sich ein politischer Mechanismus, der nicht nur für Italien gilt. Geht man auf die Forderung nach migrationspolitischer Ver-

schärfung und die moralische Panik in der Bevölkerung ein, dann ist eine noch extremere Rechte immer in der Lage, weitere Forderungen zu stellen. Wie die TAZ so schön formulierte: Die AfD wird immer noch einen draufsetzen.

Zentrale Rolle der gemässigten Rechten

In der Bundesrepublik gibt es mit CDU/CSU und SPD starke Parteien in der politischen Mitte, was europäisch gesehen inzwischen die Ausnahme ist. Überall bröckelt die Mitte. Die Frage wird wie in der Zwischenkriegszeit und sehr im Unterschied zur Zeit des Kalten Krieges sein: Wie verhält sich die gemässigte Rechte gegenüber der extremen Rechte? Wie werden die Konservativen reagieren, wenn die extremen Rechten noch stärker werden? Wahlen sind das Hochfest der Demokratie und reproduzieren das politische System. Aber auch die Probleme.



Siegfried Weichlein

Siegfried Weichlein ist ordentlicher Professor für Europäische und Schweizerische Zeitgeschichte an der Universität Freiburg.